

V0402/24

Jahresabschlüsse der Waisenhausstiftung Ingolstadt und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2023
(Referent: Herr Müller)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt die Jahresabschlüsse zur Kenntnis.
2. Die Jahresabschlüsse sind dem Rechnungsprüfungsamt zur Erstellung des Prüfberichts und des Feststellungsbeschlusses zuzuleiten.

| | | |
|---|------------|--------------|
| Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien | 04.07.2024 | Vorberatung |
| Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit | 16.07.2024 | Vorberatung |
| Stadtrat | 23.07.2024 | Entscheidung |

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 04.07.2024

Herr Müller geht auf den Jahresabschluss 2023 der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses Ingolstadt ein. Der Bericht liegt den Ausschussmitgliedern vor. Mit dem vorgelegten Jahresabschluss 2023 habe man eine Punktlandung mit einem Jahresergebnis des Peter-Steuart-Hauses von rund -171.000 Euro erzielen können. Die Waisenhausstiftung konnte im Jahr 2023 wiederum einen Gewinn von 51.658 Euro erzielen. Durch die Verlustübernahme aus dem Einrichtungsbetrieb Peter-Steuart-Haus in Höhe von 171.000 Euro ergebe sich ein konsolidierter Verlust von 119.396 Euro. Weiter geht Herr Müller auf die Ergebnisrechnung des Peter-Steuart-Hauses ein. Die Belegungsquote sei etwas niedriger als im prognostizierten Ausblick des vergangenen Jahres, bei 92,2 Prozent. Auf der einen Seite habe man konsolidierte Erlössteigerungen im Bereich der stationären Wohngruppe, der ambulanten Hilfen und der teilstationären Einrichtung. Auf der anderen Seite habe man die Tarifsteigerungen und erhöhten Einnahmen aufgrund der Verhandlungsergebnisse mit den Entgeltkommissionen, was im laufenden Jahr 2024 deutlich spürbar sein wird. Die Ausgaben im Bereich der Personalkosten sei aber der größte Aufwandsposten. Über 80 Prozent der Ansätze seien um rund 445.000 Euro gestiegen. Des Weiteren hebt Herr Müller das Thema intensive Öffentlichkeitswerbung und Fundraising hervor. Anhand der Zahlen sei ersichtlich, dass in der Planung 2023 ein Ansatz von rund 40.000 Euro Einnahmen angesetzt war, tatsächlich aber durch die intensive Öffentlichkeitswerbung und das Fundraising ein Ergebnis von 94.000 Euro an Einnahmen verbucht werden konnte. Der Unterschied zu einem Stiftertag sei, dass die Waisenhausstiftung nicht nur als eine von vielen Stiftungen präsentiert wurde, sondern man gezielt für die Zwecke der Stiftung gegenüber Dritten werbe. Man könne dabei bereits über mehrere Jahre treue Unterstützer von Stiftung und Einrichtung feststellen. Er ist der Meinung, dass das auf die Zeit gesehen einen stärkeren Effekt habe, als die lediglich werbende Institution eines Stiftungstages. Dennoch dürfe es nicht aus den Augen verloren werden. Des Weiteren verweist Herr Müller auf die Ergebnisrechnung der Stiftung auf Seite 3, die belegt, dass über die Miet- und Pachteinahmen, die Nutzungsentgelte und die Zinserträge insgesamt ein Gewinn von 51.600 Euro verbucht werden konnte.

Stadtrat Werner äußert, dass ihm die 100.000 an Spenden bereits aufgefallen seien und spricht sein Kompliment dafür aus. Er denkt, man könne zusätzlich nicht mehr unternehmen, denn 80 Prozent Personalkosten zeigen deutlich, dass das Problem bei den Tagessätzen für die Pflege liege. Egal ob der Kostenträger die Kasse oder der Bezirk sei, es werde immer so wenig wie möglich an Kosten ausgeglichen. Er ist der Meinung, wenn man nun mehr bekomme, diene dies nur dazu das Minus der Vergangenheit auszugleichen. Es gebe immer wieder Tarifsteigerungen, doch dabei sei es wichtig, dass die Kostenträger mit großer Sensibilität herangehen, denn es gehe um die Kinderbetreuung und dass die Kinder auf das richtige Gleis für die Zukunft gebracht werden. Stadtrat Werner appelliert dafür, dass die Kostenträger berücksichtigen sollen, welche Arbeit geleistet werde und dass diese notwendig sei.

Stadträtin Seeger fragt nach, bezüglich der Umstellung der Unterhaltsreinigungen von einem externen Dienstleister auf das eigene Personal, ob dadurch die Ausgaben gleichbleiben oder teurer seien. Des Weiteren geht sie darauf ein, dass die Situation in der Jugendhilfe wegen Fachkräftemangel, Auslastung usw. schwierig sei, und die Bedarfe aber nicht weniger werden. Umso mehr sei die Arbeit zu schätzen und bedankt sich beim Personal.

Stadtrat Ettinger bedankt sich für diese wichtige Arbeit. Er hakt nach, bezüglich der Auslastung von 92,15 Prozent, ob es die Möglichkeit gebe, eine Stellschraube zu drehen, um die Auslastung zu steigern. Ebenso möchte er wissen, ob es Vergleichszahlen zu den Bedarfssätzen gebe.

Stadträtin Mader bedankt sich bei Frau Bülow und dem gesamten Team; besonders hervorzuheben sei das vergrößerte Spendenaufkommen. Der Fachkräftemangel bereite Sorgen und es sei schwierig, dagegen etwas zu unternehmen, daher bedankt sie sich beim ganzen Team für die großartige Arbeit, die für Kinder und Jugendliche geleistet werde, denn es sei wichtig, alles was möglich ist zu tun, um jungen Menschen einen guten Start in das Leben geben zu können.

Stadtrat Werner teilt mit, dass er im Sozialausschuss des Städtetages Mitglied sei und dies ein bayernweites Problem sei. Der Städtetag sei ebenso aktiv, dennoch sei es wichtig, weiterhin Druck auszuüben.

Bürgermeisterin Kleine geht auf die Frage bezüglich der Stellschraube ein. Sie denkt, dass bei der Zielabwägung wichtiger sei, dass alle Jugendlichen versorgt sind. Man könne entscheiden, durch geringere Auslastung das Personal zu entlasten, doch dann könne man vielleicht nicht alle Jugendlichen versorgen. Der Halbjahresbericht zeige, dass dieses Jahr anders wahrgenommen werde als bisher, denn es sei auch beschrieben, wo die Belastungen der Mitarbeitenden lägen. Sie ist der Meinung, dass das aktuelle System nicht weiter belastet werden könne, und es müsse appelliert werden, dass an der Finanzsituation etwas geändert werde. Die Situation sei sehr dramatisch und es sei zu bedenken, ob die „Stellschraube“ Geld alleine ausreichend sei, denn das Personal sei irgendwann erschöpft.

Stadträtin Mader merkt an, dass es für Berufsanfänger sehr schwierig sei, da man aufgrund des Fachkräftemangels direkt in das kalte Wasser geworfen werde und daher viele diesen Job nicht ausüben wollen. Daher sei es wichtig, Berufsanfänger zu begleiten, um diese nicht zu verlieren.

Stadtrat Ettinger moniert, dass seine Frage nicht respektlos erscheinen sollte. Ihm sei bewusst, dass das Peter-Steuart-Haus Wahnsinniges leiste und in Zeiten des Fachkräftemangels Personal ausfalle und somit der verbleibende Druck umso größer werde. Er denkt, die Aufgabe des Gremiums sei es, die vorgelegten Zahlen zu bewerten und ein Feedback dazu zu geben, und dabei sei ihm die Auslastung als Zahl aufgefallen.

Frau Bülow führt bezüglich der Frage zu den Reinigungskräften aus, dass es die letzten fünf Jahre eine Reinigungsfirma gegeben habe, die Krippen, Kindergarten und Schule geputzt habe. Jedoch sei man mit dieser Reinigungsfirma nicht mehr zufrieden gewesen und habe dann mit auslaufendem Vertrag eine eigene Reinigungskraft zusätzlich eingestellt. Diese sei nun befristet auf zwei Jahre eingestellt, da sie aus der Ukraine komme und keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung habe. Man habe festgestellt, dass eigenes Personal besser eingearbeitet und überwacht werden könne. Seither sei es viel sauberer, was in diesen Bereichen enorm wichtig ist, da es genaue Vorgaben dazu gebe. Des Weiteren merkt sie an, dass in diesem Bericht sehr viel Text sei, da man die Situation in der Einrichtung verdeutlichen wolle, denn die Jugendhilfe stehe bundesweit „am Abgrund“. Die finanzielle Situation würde sich natürlich verbessern, wenn es immer eine Vollauslastung von 100 Prozent geben würde. Man sei bemüht, die Gruppen grundsätzlich gut auszulasten, um einen größeren Spielraum zu haben, dennoch habe man die Belegungssituation letztlich nicht in der Hand und stehe im Austausch mit den Jugendämtern der Region 10 und darüber hinaus. Die Kinder kommen nicht nur aus der Region 10 sondern auch aus Freising, Straubing, München etc. Bezüglich der Bedarfe erklärt Frau Bülow, dass man das Entgelt bei den stationären Wohngruppen von der Entgeltkommission Südbayern bekomme und Frau Hofmayer dieses jedes Jahr verhandle. Es werde natürlich versucht, so viel wie möglich rauszuholen, doch es gebe auch Vorgaben, an die man sich halten muss. Dadurch, dass Ingolstadt auf der einen Seite städtische und auf der anderen Seite freie Träger habe, werde oft nicht alles finanziert. Es betreffe vor alle die Dienstleistungen der Stadt Ingolstadt für das Personal am Abend, doch das werde auf die Beteiligungen umgelegt, werde jedoch nicht refinanziert von der Entgeltkommission. Frau Bülow teilt mit, dass dennoch jedes Jahr versucht werde, dass sowohl die Fachleistungsstunden für die ambulanten Hilfen, als auch die Entgeltsätze für die stationären Wohngruppen neu verhandelt werden. Bezüglich des Fachkräftemangels teilt sie mit, dass sehr viel in die Ausbildung investiert werde, um neue Fachkräfte zu gewinnen. Die Anforderungen in einer stationären Wohngruppe oder auch in der Kita sei sehr hoch, da es Vorgaben vom Staat gebe, aber auch eigene Standards. Doch man bemühe sich, die Auszubildenden nicht in das kalte Wasser zu werfen, sondern gut zu begleiten.

Stadträtin Segerer möchte bezüglich des Personals wissen, wenn eine Gruppe nicht ausgelastet sei, ob dieses dann einem anderen Angebot zugeordnet werde. Bezüglich der Auslastung ist sie der Meinung, dass manchmal die bittere Entscheidung getroffen werden müsse, dass ein Platz nicht besetzt werde, wenn kein Personal zur Verfügung stehe.

Frau Bülow teilt mit, dass wenn eine Gruppe weniger belastet sei als eine andere Gruppe, dann werde nach Absprache mit den Kollegen und dem Personalrat Kollegen befristet umgesetzt.

Stadtrat Werner denkt, dass Aggressionen schon bei den Kleinsten zunehmen und am besten ablesbar sei dies in den sozialen Netzwerken, aber auch an der Entwicklung an den Schulen und Kindergärten. Daher plädiere er, seitens der Kostenträger Geld in das System zu geben, um dieser Entwicklung entgegenzusetzen. Weiter weist er darauf hin, dass es wichtig sei, auch Kinder aufzunehmen, die von auswärts kommen, da es bei der Inobhutnahme oft wichtig sei, dass die Unterbringung aus pädagogischen Gründen wohnortfern erfolge.

Stadträtin Pane möchte wissen, was mit den Kindern passiere, die nicht aufgenommen werden können.

Frau Bülow teilt mit, dass in der Inobhutnahme Stelle darauf geachtet werde, dass Kinder aufgenommen werden, auch wenn es kurzfristig sei. Einrichtungen und Gruppen werden aufgrund des Fachkräftemangels geschlossen, und somit verschärfe sich die Situation für alle anderen. Mittlerweile fragen die Jugendämter deutschlandweit Einrichtungen an, um überhaupt einen Platz zu bekommen. Hinzu komme auch, dass die Bedarfe immer spezieller

werden. Die Einrichtung in Ingolstadt sei laut der Betriebserlaubnis eine heilpädagogische und keine therapeutische. Dennoch habe man viele Grenzgänger, die eigentlich therapeutisch untergebracht werden müssten, doch es gebe keine Gruppe dafür und somit nehme man sie in Ingolstadt auf, wenn sie einigermaßen betreuungsfähig seien. Die Kollegen vom Jugendamt seien nicht zu beneiden, da diese drastisch gefordert seien, um Kinder unterbringen zu können. Doch wenn in Ingolstadt kein Platz sei, können keine weiteren Kinder aufgenommen werden, da auch darauf geachtet werden muss, was den Kolleginnen und Kollegen letztlich zugemutet werden kann.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.